

Dierk Hirschel

Zaubertrank ohne Wirkung

Die Arbeitslosenzahlen sinken, die Konjunktursignale stehen (noch) auf Wachstum. Die Politiker von SPD und Union klopfen sich gegenseitig auf die Schulter. Wird jetzt also die Reformdividende für die harten Einschnitte der *Agenda 2010* eingefahren? Unser Autor schaut hinter die Daten der Wirtschaftsforschungsinstitute und der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT. Und was er dort entdeckt, gibt zu denken.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Erst reformierten wir Republik und Partei fast zugrunde. Jetzt soll die Reform der Reform retten, was noch zu retten ist. Zwar steht die *Agenda 2010* offiziell noch unter Denkmalschutz. Zuviel Schweiß und Tränen wurden auf der größten westeuropäischen Reformbaustelle vergossen. Im politischen Alltag kann das rote Großhirn die rote Seele aber kaum mehr bändigen. Der Hamburger Parteitag war nur ein erster Vorgeschmack. Selbsternannte Aufklärer preisen deshalb lautstark die ökonomischen Heilkräfte des Zaubertranks *Agenda 2010*. Was aber, wenn im Braukessel keine Wirkstoffe waren? Was, wenn der deutsche Langzeitpatient nicht an Reformen genesen ist? *Agenda 2010* als Placebo?

Vermeintlicher Agenda-Aufschwung

Unbestritten läuft der Wirtschaftsmotor wieder rund. Das Sozialprodukt legte seit 2005 ganze 6 % zu. Und Wachstum schafft Beschäftigung. Fast 660.000 neue Jobs bescherte uns das aktuelle Konjunkturoberhoch. Wenn das kein Grund ist, stolz zu sein. Aussagekraft gewinnen diese Zahlen aber nur im Vergleich. Dann allerdings fällt die Bilanz mager aus. Im letzten Aufschwung – 1998 bis 2000 – wuchs die Wirtschaft mit gleicher Kraft. Die Beschäftigung stieg jedoch doppelt so stark. Damals schufen die Firmen, trotz eines angeblich verkrusteten Arbeitsmarktes, überbordender Bürokratie und drückender Steuer- und Abgabenlast, mehr als 1,4

Mio. Arbeitsplätze. Auch bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs schneidet der letzte Aufschwung um 210.000 Arbeitsplätze besser ab. Lediglich bei den Arbeitsstunden liegt der aktuelle Konjunkturfürhling vorne. So können unfreiwillig Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte jetzt mehr malochen. Im Mix mit flexiblen Arbeitszeitmodellen führt dies zu mehr Arbeit, aber nicht zu mehr Jobs. Gut und billig für die Unternehmen, schlecht für die Arbeitslosen. Kurzum: Der vermeintliche »Agenda-Aufschwung« ist im Zyklusvergleich beschäftigungsarm.

Steht dies aber nicht im Widerspruch zur kräftig sinkenden Arbeitslosigkeit? Schließlich gibt es seit 2005 fast 620.000 Arbeitslose weniger. Ein um 100.000 stärkerer Rückgang als im letzten Konjunkturoberhoch. Also wirkt *Hartz IV* doch? Pustekuchen. Der Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung ist gesunken. Die Vermittlungsdauer für neue Stellen ist von 40 auf 70 Tage gestiegen. Die bessere Arbeitslosenstatistik verdanken wir zu großen Teilen einem demografischen Effekt. Das Arbeitsangebot hat sich im Vergleich zum letzten Aufschwung um fast eine halbe Million verringert. Zudem übt sich die Nürnberger Behörde in kreativer Buchführung. Die stark sinkende Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer ist zu großen Teilen ein statistisches Artefakt. Natürlich schafft der Aufschwung auch Jobs für Über-50-Jährige. Aber allein 400.000 ältere Beschäftigte werden aufgrund der 58er-Regelung nicht mehr als arbeitslos geführt.

Die Arbeitsmarktreformen waren der Kern der *Agenda 2010*. Aber auch aus den restlichen Zutataten lässt sich kein Zaubertrank brauen:

Die Reform der Sozialkassen sollte die Lohnnebenkosten senken. Denn niedrigere Sozialversicherungsbeiträge führen bekanntlich zu mehr Investitionen und mehr Beschäftigung. Doch selbst einmal unterstellt, dieser ökonomische Unsinn hätte seine Berechtigung, wofür es keinen empirischen Beleg gibt – trotz gekürzter Gesundheitsleistungen, erhöhter Zuzahlungen, weniger Arbeitslosengeld, Renten-Nachhaltigkeitsfaktor, etc. liegt der mittlere Beitragssatz im aktuellen Aufschwung nur 0,8 % unter dem Niveau des letzten Zyklus – dass dieser »Kostensturz« für starke Investitionsanreize sorgte, glaubt nicht einmal die wirtschaftsliberale Ökonomenzunft.

Auch niedrigere Steuern entfesseln die Wirtschaft nicht. Dies war bereits vor Verkündung der *Agenda 2010* bekannt: In den ersten fünf Jahren nach der großen Körperschaftsteuerreform 2001 investierten die Firmen Jahr für Jahr weniger. Zu *Agenda*-Zeiten vergrößerten weitere Steuergeschenke das Haushaltsloch. Hans Eichel wurde im Steuersenken nur noch von seinen niederländischen, ungarischen und slowakischen Amtskollegen übertroffen. Die Steuerquote – Anteil der Steuereinnahmen am BIP – sank auf unter 21 %. Anschließend flickte die Große Koalition das einnahmeseitig verursachte Loch im Staatssäckel durch eine höhere Mehrwertsteuer. Heute werden wieder mehr Steuern gezahlt. Trotzdem wächst die Wirtschaft des Landes.

Zukunftsrhetorik und Alltagsrealität

Mehr Zukunftsinvestitionen sollten uns auf einen höheren Wachstumspfad führen. Im Mix mit weniger konsumptiven Staatsausgaben sollten so die Schulden sinken. Investieren und Sanieren hieß die Zauberformel. Soviel zur Rhetorik, die

harten Fakten sprechen eine andere Sprache:

Die realen öffentlichen Bruttoinvestitionen sanken zwischen 2000 und 2006 um etwa 11 %. Die öffentliche Investitionsquote – der Anteil der öffentlichen Investitionen am Sozialprodukt – liegt mit 1,3 % auf einem historischen Tiefstand.

Beispiel Bildung: Der Anteil der Bildungsausgaben am Sozialprodukt ist gegenüber 1995 gesunken und liegt aktuell unter dem OECD-Schnitt. Von einem bedarfsgerechten öffentlichen Kinderbetreuungsangebot sind wir meilenweit entfernt. Lediglich bei den Kindergartenplätzen hat sich die Versorgungssituation verbessert. Krippenplätze gibt es nur für 2 % der unter Dreijährigen. Hortplätze gibt es nur für 3,4 % aller Kinder.

An den Schulen fällt die Bilanz nicht besser aus: Etwa 8 % der Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Seit Anfang der 90er Jahre hat sich daran nichts geändert. Verschärft hat sich aber die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Ein Akademiker- hat heute gegenüber einem Facharbeiterkind, bei gleichen Rechen- und Lesekompetenzen, eine viermal höhere Chance, ein Gymnasium zu besuchen.

An den Hochschulen das gleiche Bild: Die Zahl der Studienanfänger hat sich zwar erhöht. An der sozialen Selektivität unseres Hochschulwesens hat sich jedoch nichts verändert: Vier von fünf Akademikerkindern studieren. Aber weniger als ein Viertel der Sprösslinge aus Familien ohne Hochschulabschluss geht auf die Universität. Kurzum: Von der angekündigten Bildungsoffensive sehen wir bis heute nur Spurenelemente.

Auch bei den F&E-Investitionen macht das Land kaum Fortschritte und belegt weltweit nur Platz neun. Die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Gesundheitswesen und ökologische Modernisierung sind ebenfalls durch chronische Unterinvestitionen geprägt.

Daran hat auch das vermeintlich 25 Mrd. schwere Konjunkturprogramm der Großen Koalition nichts geändert. Diesem eilt noch immer der Ruf voraus, den Aufschwung angeschoben zu haben. Ohne Zweifel wurde die finanzpolitische Konjunkturbremse gelockert. Und mit der energetischen Gebäudesanierung wurde ein lobenswertes Modellprojekt für die Vereinbarkeit von Wachstum, Ökologie und Arbeit vorangetrieben. Soweit so gut. Eine 2,3 Billionen EURO schwere Volkswirtschaft ist jedoch nicht mit 8 Milliarden EURO harten Infrastrukturinvestitionen, zudem auf 4 Jahre gestreckt, in Schwung zu bringen. Keynes würde sich im Grabe umdrehen.

Von der Agenda zur Politik für den Menschen

Wie wir es auch drehen und wenden, das angebliche Reformwunder aus Nürnberg entpuppt sich bei näherer Betrachtung als das Arbeitsergebnis eines ganz normalen Investitionszyklus. Nach fünf mageren Jahren mussten die Betriebe hierzulande ihre Maschinenparks und Gebäude modernisieren. Die Exportindustrie musste bei vollen Auftragsbüchern sogar erweitern. Letzteres ist allein dem kräftigen Wachstum unserer Partnerländer geschuldet. Oder glaubt ernsthaft jemand, dass das Ausland mehr deutsche Produkte kauft, weil jetzt *Hartz IV* darauf steht? Im Inland wurde wieder kräftig investiert mit den bekannten Folgen für den Arbeitsmarkt. Die Politik hat daran nicht den geringsten Anteil. Von Reformdividende keine Spur.

Im Gegenteil: Noch nie in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte dieses Landes sind die realen Brutto- und Nettolöhne im Aufschwung gefallen. Hier wirken die Arbeitsmarktreformen. Sozialdemokratische Regierungspolitik hat die Gewerkschaften durch die Zumutbarkeitsregeln bei *Hartz IV*, die Liberalisierung der Zeitarbeit, die staatliche Förderung prekärer

Beschäftigung und den Abbau des Kündigungsschutzes geschwächt. Armutslöhne breiten sich aus. Fast ein Fünftel der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten gehen mit weniger als 1.630 EURO brutto nach Hause. Rund 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nehmen ergänzende *Hartz IV*-Leistungen in Anspruch. Fast 7 Millionen Menschen sind geringfügig beschäftigt. Über 300.000 Menschen arbeiten als Ein-EURO-Jobber. Zudem gibt es rund 700.000 Leiharbeiter. Und neben der Lohnarmut steigt dank der Sozialreformen die Kinder- und zukünftig auch die Altersarmut.

Was also tun? Die medizinische Forschung konnte nie belegen, dass Placebos besser sind als therapeutischer Nihilismus. Im Fall der *Agenda 2010* kommt aber noch etwas anderes hinzu: Der Patient hat sich am vermeintlichen Zaubertrank kräftig den Magen verdorben. Folglich sollten wir zukünftig die Finger von dem Gebräu lassen. Es gibt aber auch Licht am Ende des Tunnels. Die Forderung nach der Einführung von Mindestlöhnen ist der logische Bruch mit einer arbeitsmarktpolitischen Strategie, die den Niedriglohnsektor ausweiten wollte. Die Forderung nach einer Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I beruht auf der Erkenntnis, dass unsere Arbeitsmarktprobleme nicht auf fehlende Anreize für Arbeitslose, sondern auf zu wenig Jobs zurückzuführen sind. Und wenn der Bildungs- und Umweltrhetorik handfeste Investitionen in unsere Zukunft folgen würden, wäre dies ein erster Schritt hin zu einer wirklichen Reformpolitik. Aus einem Elitenprojekt würde dann eine Politik für die Menschen. Zweifler können das dann auch als Weiterentwicklung bezeichnen.



Dierk Hirschel (*1970)
ist seit 2003 bGB-Chefökonom.
dierk.hirschel@dgb.de